

Fraktion UBV/FDP
Fraktionsvorsitzender Wolfgang Kleindienst
Kastanienallee 4a, 07381 Pößneck
E-Mail: w.kleindienst@t-online.de Tel.: 03647 423223

Rede Haushalt Kreistagssitzung 23.02.26

Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrte Damen und Herren,

wir beraten heute einen Haushalt, der sich innerhalb weniger Wochen grundlegend verändert hat.

Im Entwurf sollten die Kommunen im Saale-Orla-Kreis

53.838.600 Euro Kreisumlage zahlen –
bei einem Hebesatz von 52,746 Prozent.

Heute reden wir über

49.463.800 Euro und einen abgesenkten Hebesatz von **48,460 Prozent**.

Das sind **4,37 Millionen Euro weniger Belastung** für unsere Städte und Gemeinden.

Die Entwicklung zeigt, dass die Landespolitik verstanden hat, wie schwierig die finanzielle Lage ist. Dies darf aber keine Eintagsfliege werden.

1. Die Kreisumlage ist kein Selbstzweck

Wir dürfen eines nicht vergessen:

Der Saale-Orla-Kreis hat:

- sinkende Bevölkerungszahlen
- niedrige Löhne
- hohe Altersstruktur
- strukturelle Schwächen

Jede Erhöhung der Kreisumlage führt automatisch zu:

- höheren Grundsteuern
- höheren Gewerbesteuern
- höherer Belastung von Unternehmen und Bürgern

Und genau deshalb ist die Kreisumlage nicht nur eine Zahl im Haushaltsplan.
Sie ist eine wirtschaftspolitische Entscheidung.

2. Das eigentliche Problem: Der übertragene Wirkungskreis

Und jetzt kommen wir zum Kern.

Uns wird immer wieder gesagt:

Der übertragene Wirkungskreis sei durch Mehrbelastungsausgleich und Zuweisungen gedeckt.

Aber in der eigenen Antwort des Landrates vom 27.01.2026 steht:

- Sozialbereich: erheblicher Zuschussbedarf
- Pflichtaufgaben: offener Betrag in zweistelliger Millionenhöhe
- Berechnung nur „hilfsweise“

Meine Damen und Herren,

entweder ist etwas vollständig gegenfinanziert oder es ist es nicht.

Und wenn es nicht vollständig finanziert ist, dann zahlen unsere Kommunen die Zeche.

3. Zum Konnexitätsprinzip

Im Grundgesetz steht eindeutig:

Wer Aufgaben überträgt, muss sie auch finanzieren.

In der Thüringer Verfassung ist das ebenfalls verankert.

Die Realität im Saale-Orla-Kreis sieht jedoch anders aus:

- steigende Kosten im Jugendbereich
- steigende Pflegekosten
- steigende Werkstatt- und Assistenzleistungen
- steigende Heimkosten

Allein im Jugendhilfebereich wurden Ansätze deutlich erhöht:

Heimerziehung, Tagesgruppen, Einzelbetreuung. Insgesamt **350 T€ mehr**.

Und bei den Assistenzleistungen reden wir über Erhöhungen im Millionenbereich.

Diese Kosten sind Pflichtaufgaben.

Wir haben keinen Gestaltungsspielraum.

**Wenn Bund und Land diese Aufgaben nicht vollständig erstatten,
dann wird die Kreisumlage zum Lückenbüßer.**

Und genau das ist das Problem.

4. Zur Politische Ehrlichkeit

Es reicht nicht, jedes Jahr festzustellen:

„Der Sozialbereich wächst.“

Die Frage ist:

Warum wächst er?

Und wer finanziert ihn?

Wenn wir ehrlich sind, dann finanzieren ihn:

- die Gemeinden
- die Bürger
- die Unternehmen

über die Kreisumlage.

Und das ist strukturell falsch.

5. Zur Senkung der Kreisumlage

Ja, wir begrüßen die Senkung auf 49,46 Mio. Euro.

Aber sie ändert nichts am Grundproblem.

Denn sie ist nicht das Ergebnis struktureller Reformen, sondern von:

- Modellrechnungen
- Sonderzuweisungen
- Einmaleffekten
- Umschichtungen

Das strukturelle Defizit bleibt.

6. Was wir fordern

Wir fordern:

1. Eine vollständige und transparente Zuordnung aller Kosten des übertragenen Wirkungskreises.
2. Eine klare Darstellung des tatsächlichen Kostendeckungsgrades.
3. Politischen Druck auf das Land Thüringen zur vollständigen Erstattung.
4. Eine strukturelle Begrenzung der Kreisumlage.

Wir dürfen uns nicht dauerhaft daran gewöhnen,
dass die kommunale Selbstverwaltung ausgehöhlt wird.

7. Fazit

Dieser Haushalt ist keine Katastrophe.

Aber er ist auch kein Zukunftshaushalt.

Er ist ein Haushalt, der verwaltet,
der reagiert,
der ausgleicht.

Aber er löst nicht das Grundproblem:

Die strukturelle Unterfinanzierung der Landkreise.

Und solange Bund und Land Aufgaben übertragen, ohne sie vollständig zu finanzieren, werden wir hier jedes Jahr die gleiche Debatte führen.

Das ist weder nachhaltig noch gerecht.

Meine Damen und Herren,

wir haben als Fraktion zwei Änderungsanträge eingebracht.

Zum einen die Kürzung der Mittel für die **Beflaggung** von Schulen um **50 T€** und deren Umwidmung in die Kreisstraßeninstandhaltung.

Zum anderen die Verwendung des Zuschusses für mobile Barrieren für die **Betreibergesellschaft Schleizer Dreieck** von **250 T€** zugunsten dringend notwendiger Investitionen in unsere Schulen.

Diese Anträge sind kein politisches Manöver. Sie sind eine Frage der Priorität.

In Zeiten angespannter Haushaltslage muss gelten:

Pflichtaufgaben vor freiwillige Aufgaben.

Kreisstraßen vor Fahnenmasten.

Sanierung vor Prestige.

Sollten diese Änderungsanträge eine Mehrheit finden, wäre das ein wichtiges Signal für eine sachgerechte Prioritätensetzung.

Aber – und das sage ich ganz persönlich:

Selbst mit diesen Änderungen **bleibt für mich** das strukturelle Problem bestehen.

Solange wir nicht sicherstellen können, dass die Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises vollständig refinanziert sind, solange wir nicht transparent darstellen können, welcher Anteil der Kreisumlage tatsächlich landes- oder bundesverursachte Aufgaben deckt, **kann ich diesem Haushalt nicht zustimmen.**

Ich kann es nicht verantworten, die finanzielle Last dauerhaft auf unsere Gemeinden zu verlagern, während Bund und Land ihrer finanziellen Verantwortung nicht in vollem Umfang gerecht werden.

Ich respektiere ausdrücklich, wenn einzelne Kolleginnen oder Kollegen, auch in meiner Fraktion, zu einer anderen Bewertung kommen.

Haushaltsentscheidungen sind Gewissensentscheidungen.

Aber ich für meinen Teil **werde diesem Haushalt nicht zustimmen.**

Und das einzig und allein aus Überzeugung.

Wir brauchen endlich eine ehrliche, vollständige Finanzierung der übertragenen Aufgaben.

Und solange diese nicht gewährleistet ist, werde ich meine Zustimmung nicht geben.

„Kommunale Selbstverwaltung bedeutet Verantwortung, aber sie bedeutet nicht, die Zeche für andere Ebenen zu zahlen.“ Denn an Geldnot der Bundesregierung kann es offenbar nicht liegen. Es liegt daran, dass falsche Prioritäten in diesem Land gesetzt werden.

Der **Bundeshaushalt 2025** umfasst rund **476 Milliarden Euro**. Gleichzeitig steigen die Belastungen der Landkreise weiter.

Allein der **Klima- und Transformationsfonds bindet rund 50 Milliarden Euro**, die **Verteidigungsausgaben liegen bei über 50 Milliarden Euro**, hinzu kommen milliardenschwere Unterstützungsleistungen im internationalen Kontext.

Bei einer Effizienzsteigerung, also durch **Vermeidung unnötiger Ausgaben** von nur **10 %** im Bundeshaushalt, könnten rechnerisch jeder Landkreis und jede kreisfreie Stadt **um rund 119 Millionen Euro jährlich entlastet werden.**

Diese strukturelle Schieflage zwischen kommunaler Finanzausstattung und Bundesausgaben muss aus unserer Sicht dringend korrigiert werden.

Vielen Dank.